

## 40 Jahre KuPoGe – 40 Jahre kulturpolitische Debatte

1977 zum ersten Mal erschienen, sind die Kulturpolitischen Mitteilungen heute aus dem Feld der Kulturpolitik nicht mehr wegzudenken. In ihrem Anspruch, die kulturpolitische Meinungs- und Willensbildung als (fach-)öffentlichen Prozess zu begleiten, erfüllt die KuMi als Instrument der Wissensgenerierung und -vermittlung eine unverzichtbare Aufgabe in der fachlichen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen.

Dabei ist uns allerdings nicht entgangen, dass auch die Kulturpolitik und ihre Akteure (wozu wir selbst gehören) dem Wandel der Zeiten ausgesetzt sind. So manche liebgewonnene Diskussion der letzten Jahre, aber auch Ansichten, Blickwinkel und Formate der Debatte treffen auf neue Entwicklungen: Digitalisierung, Globalisierung, Heterogenisierung, Individualisierung, um nur einige zu

nennen. Das wirft Fragen und Zweifel auf: Welchen Themen sind noch relevant? Wer beteiligt sich bei uns an der Debatte? Welches sind die wichtigsten kulturpolitischen Fragen der Gegenwart? Was ist die Rolle der Kulturpolitik im Jahr 2016? Was hat sich vielleicht erledigt, was sollten wir aufgreifen? Und welche Folgen hat das alles für die KuPoGe?

2016 feiert die KuPoGe ihren 40. Geburtstag. Ein guter Anlass, um (nicht nur zurück, sondern) nach vorne zu blicken. In der KuMi findet diese Diskussion ihren Platz. Wir haben uns daher entschlossen, mit dieser Kolumne einen Raum zur Verfügung zu stellen, der sich der Zukunftsdebatte unseres Verbandes widmet und kritisch-konstruktive Gedanken platziert. Den Anfang macht der Autor und Publizist Martin Lätzel.

### ■ Prozesse wagen

#### Plädoyer für die Zukunft der Kulturpolitischen Gesellschaft

Martin Lätzel

Am 18. Juli 1948 schrieb Gottfried Benn an Hans Paeschke, Herausgeber und erster Leiter des *Merkur*, eine umfangreiche Absage zur angefragten Mitarbeit: »Innerhalb des Abendlandes diskutiert seit vier Jahrzehnten dieselbe Gruppe von Köpfen über dieselbe Gruppe von Problemen mit derselben Gruppe von Argumenten unter Zuhilfenahme von derselben Gruppe von Kausal- und Konditionalsätzen und kommt zu derselben Gruppe sei es von Ergebnissen, die sie Synthese, sei es von Nicht-Ergebnissen, die sie dann Krise nennt – das Ganze wirkt schon etwas abgespielt, wie ein bewährtes Libretto, es wirkt erstarrt und scholastisch, es wirkt wie eine Typik aus Kulisse und Staub.« Die Reaktion Paeschkes muss uns ebenso wenig beschäftigen wie die Tatsache, dass sich Benn trotz der mehrseitigen Begründung seiner Absage schließlich doch zu einer Mitarbeit beim *Merkur* bereit erklärte, was unter anderem in einen umfangreichen Briefwechsel mündete. Der Grund des zitierten Satzes lag eher in der Aufarbeitung der ersten vier Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts, inklusive der Hinterlassenschaft der Nationalsozialisten, und die damit verbundenen kulturpolitischen Diskussionen direkt nach 1945. Die Formulierung aber ist aufschlussreich und augenblicklich mit Einschränkungen anwendbar. Anwendbar auf die Frage nämlich, wie heutzutage kulturpolitische Diskussionen ablaufen (nicht gerade im »Abendland«, sondern »hierzulande«),

und welchen Stellenwert in diesen Debatten einer Kulturpolitische Gesellschaft haben kann.

Kulturpolitik wird von den einen als äußerst peripher angesehen. Sie verbinden damit unnützes Zeug, das viel Geld kostet und den Bürgern eh nur zum Spaß gereicht. Für andere wiederum ist Kulturpolitik das Zentrum öffentlichen Wirkens, wird hier doch die Gesellschaft »reflektiert« und sich selbst »vergewissert«. Wer das nicht erkennt, ist entweder Banause, ungebildet oder ignorant. Dazwischen gibt es wenig, um genauer zu sein: nichts. Die Reaktionen sind erwartbar und meist vorhersehbar. Kultureinrichtungen bedauern mangelndes Interesse aus Politik und Verwaltung, verweisen auf ihre Bedeutung und vor allem darauf, dass sie nicht auskömmlich finanziert seien. In der Politik gibt es hingegen vermeintlich wichtigere Felder: Wirtschaft beispielsweise, oder Verkehr. Doch auch im Kulturbereich gibt es Akteure, die kritische Anfragen stellen, nicht der Obstruktion wegen, sondern konstruktiv. Dilettanten im ursprünglichen Sinne des Wortes sind sie doch beide: Wer die erlebbare kulturelle Infrastruktur in ihrer hergebrachten Form verteidigt, tut dies ebenso aus Liebe wie derjenige, der um ihrer Zukunft willen kritische Anfragen stellt.

Ignorante Verwalter und Finanzpolitiker lassen wir mal außen vor. Aber es gibt innerhalb der kulturpolitischen Debatte eine Art Political Correctness. Womit wir bei dem

schönen Zitat von Benn angelangt sind. Wer sich kulturpolitisch interessiert und engagieren will, trifft auf eine seit langem eingeschworene Gruppe von Menschen, die – durchaus kenntnisreich und zweifellos mit jahrelanger Erfahrung gesegnet – die immer gleichen Themen immer wieder neu auf Podien, Kongressen und in Medien ventilieren und vorbringen. Es geht meist um Geld, genaugenommen: um staatliche Förderung. Die ist unzureichend. Es geht um Missachtung, reichlich vorhanden, und es geht immer um das hohe und selige Gut der Kultur als Fundament unseres Staates, das nicht zu unterschätzen sein sollte. Um es vorweg zu sagen: Viele, die sich mitunter schon seit Jahrzehnten um die Kulturpolitik in diesem Land bemühen, haben sich wahrlich Meriten erworben. Ohne sie wäre der Aufbruch insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren nicht möglich gewesen. Aber die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Fragen, und es ist müßig, bloß zurück zu blicken, wo nach vorne zu schauen ist. Und es ist in der Tat so, dass der Faktor Geld keine untergeordnete Rolle spielen kann. Doch dazu später.

Was hat das mit der Kulturpolitischen Gesellschaft zu tun? Zunächst einmal ist festzustellen, dass die Mitglieder der Gesellschaft ein hohes Interesse an der Kultur haben, viele sind hauptberuflich stark engagiert, viele aber auch ehrenamtlich. Und sicher ist es so, dass man einen weiten Blick hat, dabei das zivilisatorische Moment der Kultur ventiliert, sonst

würde man nicht den Fokus explizit auf die Kulturpolitik legen. Politik hat immer mit Pragmatismus, Kompromissen und mit Visionen zu tun. Wer aktiv Politik betreibt, weiß, dass es erst um die Auseinandersetzung um die richtigen Konzepte und dann um die Ermöglichung wenigstens eines Teils der Konzepte geht. Schwierig aber wird es, wenn die Kulturpolitik in die Benn'sche Falle läuft und sich im Kreise dreht. Dann stehen wir an einem Punkt, an dem es um die Attraktivität geht. Es ist Vereinen und Verbänden heute insgesamt zu eigen, dass sie es schwer haben. Korporatistische Modelle zur politischen Gestaltung haben ihre hohe Zeit hinter sich. Junge Leute wollen individuell und frei entscheiden, sich weder festlegen lassen auf Satzungen (und noch viel weniger über deren Sinnhaftigkeit und Ausgestaltung diskutieren), noch wollen sie sich dem festgelegten und überlieferten Ritual von Verdikten und Evangelien beugen. Und was ist, provokativ gefragt, wenn junge Leute einfach keinen Bock mehr auf Kultur haben oder, konkreter gesagt, auf das, was wir jahrelang unter Kultur verstanden und im Rahmen von Kulturdebatten immer wieder erörtert, bedauert und eingefordert haben? Dann bilden sich eigene Strukturen rund um YouTube, Street Art, Poetry Slam, Mangas, Computerspiele, kreative Quartiere, Instagramme oder Vime.

Um es konkret zu machen: Wir sollten den Eindruck vermeiden, dass sich die Debatten ständig darum drehen, wie man den Status Quo, also das, was die Kulturszene sich in den vergangenen Jahren der Bundesrepublik erarbeitet hat, beibehalten oder wieder hervorheben kann. Diskutiert wird über die Frage des Geldes – also der staatlichen Zuschüsse –, Deutschland als »Kulturnation« – eine Überhöhung, die man infrage stellen muss – und die bekannte kulturelle Infrastruktur, die die oben bereits genannten Bereiche ausklammert. Erhalt ist gefragt und Ausbau. Selbst die modern anmutenden Diskussionen um Kulturmanagement und Kulturentwicklungsplanungen sind leider oft im Sande verlaufen. Beide Instrumente werden entkräftet, wenn sie allein dazu genutzt werden, Bestehendes zu erhalten, anstatt die kulturelle Infrastruktur im Angesicht aktueller Herausforderungen weiterzuentwickeln.

Kultur ist Bewegung. Die akute politische Frage ist nicht die der Sicherung der bestehenden kulturellen Infrastruktur. Aktuell müssen wir diskutieren, was wir überhaupt und grundlegend unter Kultur verstehen angesichts von Integration und Inklusion, Digitalisierung und Globalisierung, angesichts der Generationengerechtigkeit und Politikmüdigkeit (oder, sollen wir sagen: Kulturverdrossenheit?). Selbst dieser Ansatz ist für viele jüngere Leute noch viel zu akademisch. Sie suchen das Freilicht gesellschaftlichen

kreativen Engagements; sie verlagern ihre Art politischer Ästhetik in Sphären, die dem treuen Hochkulturkunden eher fremd sind. Wer hier lernen möchte, setze sich mit den Aktionen des »Zentrums für politische Schönheit« auseinander.

»Kunst«, so Mark Siemons am 18. Juni 2015 in der FAZ (S. 11), »hat (...) mehr mit der Realität zu tun, als sich das der routinierte Museums- und Theaterbesucher träumen lässt; sie kann eine Realität eigener Art schaffen, die im Zweifel sogar mit der übrigen Realität konkurrieren kann.« Eine Kulturpolitische Gesellschaft, die eine Zukunft haben möchte, muss hinein in diese Bewegung, muss Realität wagen. Sie muss sich auf die Suche machen nach den Spuren der realen Kultur von heute, die oft im Verborgenen, ohne große Zuschüsse, neben tradierenden Institutionen und ganz viel im digitalen Raum zu finden ist. Kulturpolitik von morgen diskutiert nicht mehr mit den denselben Gruppen, denselben Köpfen dieselben Themen. Selbst wenn es schwerfällt und die großen Zeiten grandios waren, jetzt heißt es, Netzwerke zu erkennen oder aufzubauen und zu pflegen. Zugegeben: Vieles, was jahrzehntelang gefordert wurde, ist nicht umgesetzt worden oder wurde geliefert und später vernachlässigt. Das ist schmerzlich. Die Kulturpolitische Gesellschaft sollte vor diesen Diskussionen keine Angst haben. Die bekannten sind bekannt, die neuen sind unbekanntes Terrain. Wohlauf, vielleicht steigt damit auch die Attraktivität für junge Leute, Querdenker, Engagierte. Die Kulturpolitische Gesellschaft muss als Plattform agieren, die Debatten befördert, Ideen entdeckt und in die Kontroverse geht. Ich wünsche mir zum Beispiel eine Onlineausgabe der Kulturpolitischen Mitteilungen, die gemeinsam mit dem *Zentrum für politische Schönheit* in Berlin gestaltet wird, ich wünsche mir einen eigenen Youtube-Clip mit *Dner*, junge Sprayer, die den Auftrag bekommen, ihre Definition von Kultur auf die grauen Betonbrücken dieser Republik zu sprühen, Blogger, die die Website der KuPoGe interaktiv gestalten und von ihren Erfahrungen mit sharing economy berichten, weniger Wappen auf der Seite und mehr Tags; ich wünsche mir den Mut, sich mit Intendanten und Museumsdirektorinnen und -direktoren anzulegen, die ihre Exponate immer noch in langweilige Vitrinen stellen; ich wünsche mir Unterstützung für Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker, die mit Mut Tradiertes hinterfragen und Neues auszuprobieren helfen.

Wer wirklich etwas für die Kultur erreichen will, muss die Kultur aus der Kultur befreien. Die zentrale Aufgabe »unserer« KuPoGe ist eben nicht »Kultur«, sondern »Kulturpolitik«. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Kulturpolitik zu machen, bedeu-

tet, Schnittstellen zu allen weiteren Politikbereichen herzustellen, policy zu betreiben.

Die Grundlagen sind da. Das Grundsatzprogramm der Kulturpolitischen Gesellschaft in eine Wortwolke verpackt ergibt die richtigen Key-Words: Gesellschaft, Kunst, Entwicklungen, Kommunen, Bildung, Teilhabe, Publikum, Herausforderung, Vielfalt. Das ist die Basis, die wir brauchen. »Die kulturpolitische Debatte muss von Besitzstandwahrung und rituellen Beschwörungen weggelassen werden. Sie darf sich nicht in Funktionszirkeln, Verbandsblättern und Evangelischen Akademien verstecken, sondern sie muss öffentlich sein, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft einbeziehen.« So bringen es die »Kulturinfarkt«-Autoren im KuPoGe-Blog in einem Beitrag vom 12. August 2012 zu treffend auf den Punkt.

Der Weg verläuft auf einem schmalen Grat. Da ist auf der einen Seite im verbandseigenen Blog von Besitzstandwahrung und rituellen Beschwörungen in der Kulturpolitik die Rede, die vom rasanten Wandel in der Gesellschaft überholt werden. Da gibt es aber auf der anderen Seite die Entwicklung, dass durch zunehmende Rationalisierungsbemühungen und Ökonomisierungen in der Politik zivilgesellschaftliche Akteure, zu denen die Kulturpolitische Gesellschaft zweifelsohne zählt, einen schweren Stand bekommen. Zuwendungen werden an Projekte geknüpft, Stiftungen vergeben ihre Erlöse, die eh gemindert sind, nicht mehr so frei wie früher, sondern bestimmen dezidierte Ziele und suchen sich selber aus, wem sie ihre Gabe zukommen lassen. Diese Entwicklung, weiter gedacht, wäre fatal, weil ein zentrales Element, das die Kulturpolitische Gesellschaft ausmachen sollte, nämlich Phantasien zu entwickeln und Kritiken zu formulieren, wie der heterogenen und divergenten Gesellschaft zu begegnen ist, verunmöglicht wird.

Wir haben mit dem *Merkur* begonnen und wir werden mit dem *Merkur* enden. Christian Demand, aktueller Herausgeber der Zeitschrift, fragt sich: *Weshalb ist Kultur eigentlich immer bedroht?* und kommt zu der Erkenntnis, unsere Kultur leide an einem »Überangebot an Wertvorstellungen«. Die Forderung nach einem »kulturellen Artenschutz« sei da nicht fern. Bewahrend und bewährt sind dieselben Debatten in denselben Runden. Wenn wir aber Kultur als einen Prozess verstehen, eine Software, wie der Journalist Dirk von Gehlen sie genannt hat – und die KuPoGe als die Festplatte dazu; dieses Verständnis ist im Zeitalter der Digitalisierung dringend geboten –, dann müssen wir von einer Kulturpolitischen Bewegung sprechen. Raus aus Benn'schen Demselben, rein in den zivilgesellschaftlichen Prozess. Zur Bewegung gehört, bekannte Häfen zu verlassen, um neue Ufer zu erreichen. Ad multos annos.